

# HAVEL BRANDUNG

Ausgabe 2.2013

Die linke Zeitung  
für das Havelland und Brandenburg an der Havel

Pro und Kontra  
Bedingungsloses Grundeinkommen

Seite 3

Industriepark  
auf gutem Weg

Seite 6



Volksaufstand oder  
aufgeheizter Mob?

Seite 9

## DIE LINKE in neuer Verantwortung

Langfristig gewachsene Probleme sind zu bewältigen

Seit dem Sommer 2012 hat DIE LINKE über eine neue Rolle in Politik und Verwaltung der Havelstadt diskutiert. Darf und kann man das Gesprächsangebot der CDU und ihrer Oberbürgermeisterin annehmen und versuchen, gemeinsame Positionen für die Zukunft der Stadt zu finden? Und darf man – vorausgesetzt die inhaltliche Übereinstimmung bietet eine ausreichend breite Basis – auch wieder personell in der Verwaltungsspitze Verantwortung übernehmen? Bekanntlich haben die Mitglieder der LINKEN beide Fragen bejaht. Neben der Unterzeichnung eines Positionspapiers mit der CDU wurde Wolfgang Erlebach aufgefordert, sich als Beigeordneter für Soziales, Gesundheit, Jugend und Kultur zu bewerben. Am 27. März wurde er im 1. Wahlgang von der SVV gewählt.

An öffentlicher Aufmerksamkeit für die Zusammenarbeit von LINKEN und CDU hat es in den letzten Monaten nicht gefehlt. Besonders die SPD versucht, den ganzen Vorgang als etwas „Unerlaubtes“ oder „Unzulässiges“ zu stigmatisieren und alle politischen und juristischen (Un-)Möglichkeiten dagegen zu mobilisieren. Sie hat damit reihenweise Niederlagen kassiert.

Brandenburg an der Havel hat im Zuständigkeitsbereich des neuen Beigeordneten eine Menge Herausforderungen zu bewältigen. Deshalb sollten an die Stelle politischer Fundamentalschlachten möglichst bald wieder die sachliche Auseinanderset-

zung und der Wettbewerb um Ideen treten.

Schon kurzfristig müssen wichtige Fragen angegangen und gelöst werden: Mit dem 1. August gilt ein Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz ab dem 1. Lebensjahr, für das Frauenhaus muss der Standort geklärt und Finanzierungs-



Dr. Wolfgang Erlebach, Sozialbeigeordneter der Stadt Brandenburg an der Havel (DIE LINKE.)

Foto: W. Müller

sicherheit geschaffen werden, bei der Präsentation des Stadtmuseums ist eine deutliche Korrektur nötig – um nur einige Probleme zu nennen.

Hinzu kommen längerfristige Aufgaben. Dazu gehören die sozialen Perspektiven für Kinder und Jugendliche sowie

Seit dem 1. Mai hat die Stadt Brandenburg an der Havel wieder einen Beigeordneten der Partei DIE LINKE. Dr. Wolfgang Erlebach (55) ist zuständig für die Bereiche Soziales, Gesundheit, Jugend und Kultur.

die Bekämpfung von Kinderarmut. Die Probleme kann die Stadt nicht aus eigener Kraft lösen. Sie braucht eine den Aufgaben gerechte Finanzausstattung von Land und Bund. In Abstimmung mit den anderen kreisfreien Städten wird

eine Position für einen fairen Soziallastenausgleich und zur Übertragung von Landesaufgaben auf die Kommunen zu formulieren sein.

In Brandenburg an der Havel, wie auch anderswo, übernimmt man Amt und Verantwortung nicht am Punkt Null. Mit den oftmals langfristig ge-

wachsenen Problemen muss man umgehen. Die Resultate der Vergangenheit lassen sich nicht einfach „wegbeschließen“.

Exemplarisch kann man das am Jugendförderplan festmachen. Insbesondere die SPD scheint vergessen zu

haben, was sie dereinst mitbeschloss: „Die Entscheidung zur Förderung der bedarfsgerechten Angebote ist jedoch durch die Finanzkraft des öffentlichen Trägers begrenzt.“ (Haushaltssicherungskonzept – HSK) Das HSK nennt auch

Zahlen, wie viel eingespart werden sollte. Für 2013 waren es 150.000 Euro. Der Spardruck ist am Ende deutlich geringer ausgefallen. Dies darf sich zu einem guten Teil DIE LINKE ans Revers heften. Trotzdem bleibt ein Punkt der Kritik: Die Jugendfreizeiteinrichtung Wildo 19 soll laut

dem jetzt – im Jugendhilfeausschuss ohne Gegenstimme – beschlossenen Jugendförderplan nicht weiter von der Stadt gefördert werden. Es ist klar, dass dies bei den betroffenen Kindern bzw. deren Eltern zu Sorgen führt und beim betroffenen Träger keinen Beifall auslöst. Ich kann aber alle nur ermuntern, sich dieser Situation zu stellen und nicht nur den Status Quo zu verteidigen. Anders als von einigen suggeriert wird, bleibt das Angebot erhalten, allerdings an einem anderen Ort und mit einem anderen Träger. Und es ist noch ein halbes Jahr Zeit, Fragen von Eltern zu diskutieren und auch das Konzept nachzubessern.

Dr. W. Erlebach

## Kolumne

Parteienstreit lähmt  
Brandenburg



Andreas Martin, Kreisvorstand DIE LINKE Brandenburg an der Havel

Foto: W. Müller

Die Betroffenheit bei der SPD muss schon besonders groß sein. Dass die LINKE mit der CDU in der Stadt Brandenburg kooperiert, damit hatten die Sozialdemokraten wohl nicht gerechnet. Bislang waren die LINKEN von der SPD wohl eher als ihre beliebige Verfügungsmasse verstanden worden.

Nur war und ist mit einer Fundamentalopposition keine nachhaltige Entwicklung für die Menschen der Stadt erreichbar. Inhaltliche Absprachen zwischen SPD und LINKEN führten selten zu einem befriedigenden Ergebnis. Und nach der Oberbürgermeisterwahl wurde erkennbar, dass die Politik von Frau Tiemann im Kern eine breite Zustimmung erfährt. Natürlich gibt es substantielle Unterschiede zwischen CDU und LINKEN; diese betreffen aber selten konkrete kommunalpolitische Entscheidungen. Der totale soziale Kahlschlag hat unter Dietlind Tiemann nicht stattgefunden und die Zugeständnisse der CDU waren erstaunlich hoch.

Wenn die LINKEN weiter an einer ausgewogenen So-

Fortsetzung Seite 2

## Kolumne

Parteienstreit lähmt  
Brandenburg

zialstruktur arbeiten wollen, dann geht das nur mit Bündnispartnern. Der Wahlkampf ist vorbei und wenn Politiker sich selbst ernst nehmen, dann muss das Interesse an einer positiven Entwicklung der Stadt im Vordergrund stehen. Wenn in dieser Konstellation die CDU Angebote unterbreitet, die genau das erkennen lassen, dann wäre es kindisch, sich zu verweigern.

Das einzige Thema, das die SPD zurzeit bedient, besteht darin, diese Kooperation auf den Beigeordnetenposten zu fokussieren, den sie für überflüssig erklärt. Jeder, der die Sozialstruktur unserer Stadt kennt und ein wenig Einblick in die Verwaltung hat, weiß, dass diese politische Schaltstelle dringend notwendig und alles andere als ein Versorgungsposten ist. Der gesamte Bereich des Beigeordneten Erlebach steht vor großen Herausforderungen. Aber die Art der Diskussion zeigt, wie die SPD denkt und welche Machtspielchen sie auf dem Rücken der Brandenburgerinnen und Brandenburger austrägt.

Wenn es um Verantwortung geht, duckt sich die SPD in Brandenburg gerne ab. Wenn es in der Vergangenheit um Posten ging, war das Handeln der blassroten Partei immer von dem geprägt, was sie heute anderen vorwirft. In der SPD kann sich offenbar kaum jemand vorstellen, dass es anderen Politikern tatsächlich um die Menschen in dieser Stadt geht und nicht um ein selbstdarstellerisches Machtstreben.

Inhaltlich ist von der SPD nicht viel zu hören, es bleibt nur eine oft unangemessene Fundamentalkritik in oberflächlicher, populistischer Manier. Damit wir uns nicht falsch verstehen, niemand ist perfekt und deshalb ist eine Opposition in jeder Demokratie extrem wichtig und kann korrigierend wirken. Es sollte allerdings auch ein Gestaltungswille vorhanden sein – nur, davon ist die von Holzschuher geführte Partei weit entfernt.

A. Martin

Übrigens hat die MAZ bei der Nennung der diesjährigen Rednerinnen und Redner auf Jugendfeiern doch glatt „vergessen“, die Auftritte von Diana Golze (DIE LINKE.) zu erwähnen. Dietlind Tiemanns (CDU) Auftritt ist der MAZ selbstverständlich nicht „entfallen“.

## Diana Golze spendet kontinuierlich

Diätenerhöhungen gehen an Vereine und Projekte

Union und SPD haben am 16. November 2007 gegen die Stimmen aller anderen Fraktionen des Bundestages eine schrittweise Erhöhung der einkommenssteuerpflichtigen Abgeordnetenentschädigung zum 1. Januar 2008 auf 7.339 Euro beschlossen. In der Folgezeit gab es weitere Diätenerhöhungen, die DIE LINKE ebenfalls ablehnte.

DIE LINKE belässt es nicht bei ihrem Nein zur Diätenerhöhung. Seit Januar 2008 spendet Diana Golze monatlich den Nettomehrbetrag

denprojekt\_fuer\_den\_wahlkreis/

Hinzu kommen jährliche Spenden: 500 Euro für den Wettbewerb „Zivilcourage vereint“, 200 Euro für das Familiencamp des Vereins für Soziale Selbstverteidigung Jüterbog VSSV e.V., 100 Euro an das Institut für Solidarische Moderne e.V., 100 Euro für das Theater an der Parkaue Berlin e.V., 36 Euro für den Verein Kleeblatt e.V. Rathenow und 20 Euro für den Unabhängigen Frauenverein Rathenow e.V.



Diana Golze (MdB DIE LINKE) übergibt eine Spende an die Berlin-Brandenburgische Auslandsgesellschaft in Brandenburg an der Havel

Foto: W. Müller

dieser Erhöhung an Vereine, Einrichtungen und Projekte in ihrem Wahlkreis und leistet weitere monatliche Spenden. Informationen dazu finden Sie unter:

[http://www.diana-golze.de/bundestag/wahlkreis/spendenprojekt\\_fuer\\_den\\_wahlkreis/](http://www.diana-golze.de/bundestag/wahlkreis/spendenprojekt_fuer_den_wahlkreis/)



QR-Code scannen

[http://www.diana-golze.de/bundestag/wahlkreis/spendenprojekt\\_fuer\\_den\\_wahlkreis/](http://www.diana-golze.de/bundestag/wahlkreis/spendenprojekt_fuer_den_wahlkreis/)

Übrigens hat Ralf Holzschuher (SPD) die öffentliche Diskussion ständig neuer Ideen zur Eröffnung des Flughafens Schönefeld im RBB-Interview als „wenig hilfreich, ja kontraproduktiv“ bezeichnet. Komisch nur, dass ihm diese Einsicht fehlt, wenn die SPD in Sachen Frauenhaus Brandenburg an der Havel alle Naselang einen neuen Standort ins Gespräch bringt.

## In Sorge um die Stadt

LINKE Staatssekretärin besuchte Finanzausschuss

Es wird munter geklagt im Lande Brandenburg. Fünf kleinere Gemeinden wollen nicht so viel von ihren Steuereinnahmen wie bisher an den Landeshaushalt abgeben. Und die kreisfreien Städte, darunter auch Brandenburg an der Havel, wollen sich juristisch bestätigen lassen, dass sie zu wenig aus dem Landeshaushalt erhalten.

Eigentlich keine gute Vor-

genden Ländern Bayern und Hessen befinden sich die LINKEN nicht in Regierungsverantwortung. Gleichwohl muss sich das Land Brandenburg darauf einrichten, mit weniger Einnahmen seinen Haushalt zum Ausgleich zu bringen. Denn Gesetz ist nun einmal Gesetz.

Ob die Ausschussmitglieder die vorgetragenen finanziellen Verbesserungen über den kommunalen



Finanzstaatssekretärin Daniela Trochowski im Gespräch mit Lutz Krakau, Kreisvorsitzender der Stadt Brandenburg (beide DIE LINKE.)

Foto: W. Müller

aussetzung für den Auftritt der Finanz-Staatssekretärin im Ausschuss für Finanzen und Liegenschaften der Brandenburger SVV. Doch es wurde eine informative Stunde am 14. Mai 2013. Daniela Trochowski, Mitglied der Brandenburger LINKEN, verlor sich nicht in Einzelheiten, sondern trug die großen Linien der Landesfinanzpolitik vor. Denn der Blick bis zum Jahr 2020 – bis dahin soll die „Schuldenbremse“ gelten – machte deutlich, mit welcher Vorsicht da zu Werke gegangen wird. Wahrscheinlich mit der nächsten Förderperiode der Europäischen Union kann das Land nicht mehr mit den bisherigen Millioneneinnahmen rechnen. Und auch der sogenannte Solidarpakt II und damit der Länderfinanzausgleich der Bundesrepublik kommt auf den Prüfstand. Im Ergebnis werden dem Land weitere Millionen Euro auf der Einnahmenseite fehlen. Nun ist die gänzlich unsinnige „Schuldenbremse“ nicht auf dem Mist der LINKEN gewachsen und in den kla-

ren Finanzausgleich für die kreisfreie Stadt so richtig zu würdigen wissen, darüber kann hier keine Aussage getroffen werden. Der Kämmerer jedenfalls trug weitere Wünsche der Stadtregierung vor. Dabei lief er Gefahr, die Staatssekretärin für nachteilige Beschlüsse verantwortlich zu machen, die von den Ministern seiner Partei (der CDU) stammten und gegen die die LINKE angekämpft hatte.

Abschließend brachte die Staatssekretärin ihre Sorge um die finanzielle Zukunft der Stadt Brandenburg zum Ausdruck. Denn sie fürchtet, dass die Politik der Bundesregierung zur Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise in der Europäischen Union schon bald zu einem ökonomischen Einbruch führen wird, der die Steuereinnahmen des Landes wie der Stadt negativ beeinflussen muss. Und dann ist die mittelfristige Finanzplanung nur noch Makulatur.

R. Scholz



# Die neue soziale Idee des 21. Jahrhunderts

Eine Gefahr für den Kapitalismus?

„Die Würde des Menschen ist unantastbar“ steht im Artikel 1 des Grundgesetzes. Gilt das für jeden Menschen? Oder machen wir doch Unterschiede? Und zwar zwischen denen, die ein Einkommen beziehen, und denen, die vom staatlichen Transfergeld ihr Menschsein bestreiten? Wenn wir ehrlich sind, steht und fällt doch alles mit der Erwerbsarbeit: unsere Würde, unsere gesellschaftliche Teilhabe und unter Umständen sogar unsere Existenz. Wenn die Würde des Menschen doch aber unantastbar ist, wie kann dann unser Leben vom Besitz eines Arbeitsplatzes abhängig sein? Produziert diese Gesellschaft zur Befriedigung der Grundbedürfnisse aller nicht mehr als genug? Muss da tatsächlich noch die Grundbedürftigkeit eines Menschen geprüft werden?

Sind wir den Prinzipien des Kapitalismus auf den Leim gegangen, indem wir – wie vor 150 Jahren – das Recht auf (Erwerbs-)Arbeit fordern und dabei außer Acht lassen, dass, erstens, das Kapital immer weniger Menschen benötigt, um Werte zu schöpfen und Profite zu generieren, und dass, zweitens, neben der Ausbeutung der ir-

dischen Ressourcen die Ausbeutung der Erwerbstätigen die Grundlage des Kapitalismus ist? Gilt für uns LINKE nach der Devise „Arbeit für alle“ auch die Erwerbsarbeit z. B. in Atomkraftwerken, in der Rüstungsindustrie, als Pharma-Vertreter oder im Investmentbanking als nützliche und notwendige Arbeit? Bedeutet „Vollbeschäftigung“ nicht eigentlich, dass die Gesellschaft voll damit beschäftigt ist, die Grundbedürfnisse aller Menschen zu befriedigen, die notwendige Reproduktionsarbeit zu unterstützen und wichtige ehrenamtliche Tätigkeiten angemessen zu honorieren? Sind gesunde Nahrung, langlebige Kleidung und Güter des täglichen Bedarfs, warmer Wohnraum und bezahlbarer Strom, ein erstklassiges Bildungs- und Gesundheitswesen, uneingeschränkte Mobilität durch den ÖPNV sowie die Möglichkeit, soziale Kontakte zu pflegen und an kulturellen Angeboten teilhaben zu können, nicht der Grundstein für eine gesunde Gesellschaft? Wo wollen wir (noch) hin? Sollte statt Mitlaufen im Konsum-Hamsterrad nicht Entschleunigung unser Ziel sein?

Ein Konzept, das die auf-

geworfenen Fragen löst, gibt es bereits: das bedingungslose Grundeinkommen (BGE). Im Folgenden sollen einige Effekte des BGE vorgestellt werden und zum Weiterdenken animieren:

- Mit dem BGE wird die Spaltung der Gesellschaft in Erwerbseinkommens- und Transferleistungsbeziehende aufgehoben. Die Errungenschaften der Gesellschaft, auch und vor allem durch den technologischen Fortschritt,



kommen umverteilt und bedingungslos allen zugute.

- Ehrenamtliche Arbeit, Familienarbeit usw. sind materiell abgesichert und damit gesellschaftlich anerkannt. Zusätzlich kann jeder, der mag, ein Erwerbseinkommen erarbeiten. Die Erwerbsarbeitszeit wird sich automatisch verkürzen, so dass sich mehr Menschen ein zusätzliches Einkommen hinzuverdienen

können.

- Mit dem existenzsichernden Grundsockel ist jede Form der Armut abgeschafft. Wer Erwerbsarbeit leistet, zahlt paritätisch weiter in die gesetzlichen Sozialversicherungskassen (KV, RV, PV, UV) ein, um im Versicherungsfall – über die Grundversorgung hinaus – einen zusätzlichen Anteil zu erhalten.

- Insgesamt ist die Verhandlungsmacht für Gewerkschaften gestärkt! Beschäftigte sind weniger erpressbar und können sich ohne Angst vor Entlassung in ihren Betrieben engagieren, eine berufliche Neuorientierung eingeschlossen.

- Arbeitgeber/-innen sind nun Arbeitnehmer/-innen, die bestrebt sind, ihre Angebote attraktiv zu gestalten, wie z. B. durch Mitbestimmung, Betriebs-Kitas, Vergütung von Überstunden oder Gewinnbeteiligung (13. Gehalt).

- Das BGE ist ein Beitrag zur wirtschaftlichen Gleichstellung und Unabhängigkeit von Mann und Frau. Finanziell grundabgesichert lässt sich eher eine Familie gründen und mit Beruf und Karriere vereinbaren.

- Durch das BGE wird ins-

PRO

besondere der regionale Binnenmarkt gestärkt und es entstehen Anreize zur Gründung einer eigenen wirtschaftlichen Existenz mit neuen Erwerbsarbeitsplätzen.

- Das BGE ist eine Demokratiepauschale. Es ermöglicht die Teilnahme an Veränderungsprozessen in der jeweiligen Kommune, indem jedem Menschen die grundlegenden Mittel für ein Leben in Würde und seine persönliche Entfaltung in der Gesellschaft von der Gemeinschaft zur Verfügung gestellt werden.

Für Fragen, Anregungen oder zur Mitarbeit in unserer Landesarbeitsgemeinschaft stehe ich bedingungslos zur Verfügung. Unser Konzept (Broschüre BAG), inklusive unserer Vorschläge zur Finanzierung, sind auf [www.die-linke-grundeinkommen.de](http://www.die-linke-grundeinkommen.de) abrufbar.

Ringo Jünigk

Sprecher der LAG Grundeinkommen Brandenburg  
LAG.Grundeinkommen\_BB@yahoo.de

## PRO und KONTRA Bedingungsloses Grundeinkommen

### Klassenkampf oder Brot und Spiele?

Das bedingungslose Grundeinkommen ist eine Sackgasse

Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE)? Das klingt sympathisch. Mehr Geld für alle minus Schikanen und Zwang zur Erwerbsarbeit. Warum ist die Arbeiterbewegung in 200 Jahren da nicht gleich drauf gekommen?

Dazu bedurfte es eines zweifelhaften Ratgebers: Milton Friedmann war der Vordenker der rechten Ökonomen und machte die Idee bekannt. Er bildete eine Gruppe junger Studenten aus, die Chicago Boys, die sich später unter dem Diktator Pinochet in Chile austoben durften. Fried-

manns Botschaft war einfach: Der Kapitalismus erzeuge eine industrielle Reservearmee von Arbeitslosen. Damit es nicht zu Unruhen komme, solle eine „Stütze“ für alle gezahlt werden. Sie müsse so niedrig sein, dass es sich weiterhin lohne zu arbeiten. Oder so: Die Beschäftigten sichern den Arbeitslosen mit Steuergeld das nackte Überleben und die Unternehmen können die Löhne senken.

Die Grundauseinandersetzung in unserer Gesellschaft ist die zwischen Kapital und Arbeit. Warum besitzen vie-

le Menschen so wenig, dass ihnen nichts anderes bleibt, als ihre Arbeitskraft an diejenigen zu verkaufen, die so viel besitzen, dass sie selbst nicht arbeiten müssen und andere ihren Reichtum erarbeiten und mehren lassen können? Ungerechte Eigentumsverhältnisse sind es, die Milliarden Menschen in Armut und allzu oft auch in Hunger zwingen. Deswegen wollen wir privatkapitalistisches Eigentum überwinden und die Arbeitswelt humanisieren – durch Arbeitszeitverkürzung, Kontrolle über die Produktion

und soziale Sicherheit für Erwerbslose. Kurzum: Gute Arbeit statt Drecksarbeit. Diese Auseinandersetzung scheuen die Befürworter des BGE allzu oft.

Erwerbsarbeit bedeutet dabei nicht nur Geld verdienen, sondern am öffentlichen Leben teilhaben. Nicht umsonst verkümmern viele Menschen ohne Job.

Ein BGE müsste von jenen finanziert werden, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen. Es ändert an den realen gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen nichts. Absurd, dass

häufig diejenigen (gerade bei den Liberalen und Konservativen), die Stellenabbau im Öffentlichen Dienst als Allheilmittel zur Haushaltskonsolidierung anpreisen, Hunderte Milliarden für ein Grundeinkommen ausgeben wollen. Das BGE ist keine Abkürzung auf dem Weg zum Sozialismus, sondern eine Sackgasse.

Norbert Müller, Stellv. Landesvorsitzender DIE LINKE. Brandenburg

KONTRA

# Dialog mit den Bürgern als Markenzeichen linker Politik

Gesamtmitgliederversammlung des Kreisverbandes im TGZ

"Wir tragen Verantwortung in der Kommunalpolitik und drücken uns nicht davor", fasste der Kreisvorsitzende der LINKE Lutz Krakau in seiner

scheidungen der Vergangenheit und der Zukunft auseinander.

Die anschließende neue Form der Ideenfindung, ein



Gesamtmitgliederversammlung am 25.05.2013 im TGZ von Brandenburg an der Havel Foto: W. Müller

Eröffnungsrede die zurückliegenden Monate der Arbeit des Kreisverbandes in Brandenburg an der Havel zusammen. Rund 60 Genossinnen und Genossen hatten sich am 25. Mai im Technologie- und Gründerzentrum (TGZ) zu einer Gesamtmitgliederversammlung eingefunden. Neben der Rechenschaftslegung des Kreisvorstandes mit anschließender Diskussion standen die Vorbereitung auf den Bundestagswahlkampf sowie ein erster Lagebericht unseres neuen Sozialbeigeordneten Dr. Wolfgang Erlebach auf der Tagesordnung.

"Ich kann das letzte halbe Jahr nicht so durch die rosa-rote Brille sehen", erwiderte Fraktionsmitglied Heidi Hauffe auf Lutz Krakaus Bericht in der nachfolgenden lebhaften Diskussion. Sie persönlich sei mit einer ganzen Reihe von Entscheidungen nicht einverstanden. Heike Jacobs, ebenfalls Mitglied der SVV, rief die Fraktion auf, Mehrheitsbeschlüsse hinterher auch öffentlich zu vertreten und Geschlossenheit zu zeigen. Nur so könne linke Politik durchgesetzt werden. Die Anwesenden setzten sich dann mit verschiedenen Ent-

Brainstorming in Kleingruppen, fand allgemeine Zustimmung, so dass sie wiederholt werden soll. Herausgekommen sind viele Anregungen für unser Wahlkampfteam, die es nun in unseren Bemühungen um eine starke LINKE in vier Parlamenten umzusetzen gilt. Dabei kristallisierten sich vor allem die Themen ÖPNV, alters- und familiengerechtes Wohnen sowie die Gestaltung der Stadtteile als Schwerpunkte heraus. Chriss Kühnl berichtete über die Aktivitäten der Linksjugend ['solid] in der Stadt, die dank vieler neuer Mitglieder wieder eine kontinuierliche Arbeit leistet und auch den Wahlkampf aktiv unterstützen wird.

"Markenzeichen unserer Arbeit und unserer Politik als LINKE muss der Dialog mit den Bürgern sein und bleiben", erklärte Dr. Wolfgang Erlebach, seit gut einem Monat Beigeordneter für Soziales, Gesundheit, Jugend und Kultur in der Havelstadt. Die Schwerpunkte seiner Arbeit sah er beim Jugendförderplan, dem Museum, dem Frauenhaus und in der Bekämpfung der Kinderarmut.

D. Herzog

# Die Visionen sind das eine...

Drei Jahre Behindertenrechtskonvention

2006 ging von den Vereinten Nationen eine Vision aus: Jeder Mensch, egal ob mit oder ohne Behinderung, hat das Recht, ein selbstbestimmtes Leben zu führen und als selbstverständlicher Teil der Gesellschaft anerkannt zu werden. Deutschland hat, wie auch 132 weitere Staaten, diese Konvention 2009 ratifiziert. Seitdem geht es um die Realisierung konkreter Umsetzungsschritte.

Menschen gelten als „...behindert, wenn ihre körperliche Funktion, geistige Fähigkeit oder seelische Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate von dem für das Lebensalter typischen Zustand abweichen und daher die Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft beeinträchtigt ist.“ (§2 Abs.1 SGB IX) Für solche Menschen eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und Chancengleichheit zu garantieren, ist eine Aufgabe, die viele Einzelmaßnahmen und einen langen Atem verlangt. Die Stichworte heißen: Mobilität, Kommunikation, Bildung, Arbeit und Beschäftigung sowie soziale Sicherheit. Ein breiter Diskussions- und Sensibilisierungsprozess für die Belange von Menschen mit Handicap ist in Gang zu setzen; gleichermaßen sind Verwaltungsmaßnahmen in die Wege zu leiten, Haushaltsmittel bereit zu stellen und Zielvereinbarungen zu treffen.

Mobilität beginnt in den eigenen vier Wänden. Die Kommune ist aufgefordert, für bezahlbaren, barrierefreien Wohnraum zu sorgen, in dem sich Menschen mit Han-

dicap geborgen fühlen und so viel Selbstbestimmtheit wie möglich verwirklichen können. Weiterhin geht es um die Optimierung des öffentlichen

Klassenstärken, speziell ausgebildete Betreuer, neu gestaltete Curricula und vieles mehr.

Für Menschen mit Han-



Heike Jacobs, Stellvertretende Fraktionsvorsitzende in der SVV Brandenburg (DIE LINKE.) Foto: W. Müller

Personennahverkehrs und eine behindertenfreundliche Stadt- und Wegeplanung. In punkto Kommunikation sind die Betroffenen als Experten in eigener Sache anzuhören. Zum Beispiel geht es um eine einfache, leicht verständliche Sprache, auch und vor allem im Rahmen von Verwaltungsvorgängen.

Eine der größten Herausforderungen dürfte die inklusive Bildung sein, also die gemeinsame Beschulung aller Kinder bei gleichzeitiger spezieller Förderung derer mit einem Handicap. Denn die Vergangenheit hat gezeigt, dass getrennte Schulen für Behinderte und Nichtbehinderte am Ende meist zu getrennten Lebenswelten führen. Die Umsetzung des Inklusionsgedankens hat in den Bildungseinrichtungen begonnen, aber Inklusion ist nicht zum Nulltarif zu haben! Benötigt werden zusätzliche Lehrpersonen, verringerte

dicap ist eine sinnstiftende Beschäftigung unerlässlich. Artikel 27 spricht jedem Behinderten ein Recht auf Arbeit zu. Aber die Realität sieht anders aus: Ältere Behinderte sind besonders häufig arbeitslos, Schwerbehinderte besonders oft von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen, mit allen gesundheitlichen und sozialen Nebenwirkungen. Es reicht aber nicht aus, Programme aufzulegen, es muss vor allem ein Bewusstsein dafür geschaffen werden, was behinderte Menschen leisten können und wollen. Dabei geht es auch um den Abbau von Berührungsängsten und Vorurteilen. Manchmal reicht schon das Aufhalten einer Tür oder das Bugisieren eines Rollators über eine Schwelle, um dem Gehandicapten mehr Teilhabe zu ermöglichen. Eines haben wir schließlich alle gemeinsam: Wir sind Menschen.

H. Jacobs

# Kostenloses W-LAN?

Wer kennt das nicht? Man sitzt seelenruhig in der Stadt und möchte bei Kaffee und Kuchen seinen Facebook-Status aktualisieren. Schnell stellt man fest: Oh, kein W-LAN in der Nähe verfügbar. In der heutigen Zeit, wo das Web 2.0 schon längst zum Alltag gehört, sollte kostenloses W-LAN in Städten wie Brandenburg an der Havel jedem frei zur Verfügung stehen, denn das Internet be-

steht nicht nur aus Facebook, Twitter, YouTube und Co., sondern es bietet auch einen wirtschaftlichen Nutzen. Ein Beispiel dafür wäre der Tourismus: So könnten sich die Gäste der Stadt jederzeit problemlos selbst Informationen zu Öffnungszeiten, Reiserouten und Sehenswürdigkeiten beschaffen, einfach über ihr Handy.

Noch nicht ausreichend geklärt ist allerdings der Fak-

tor Sicherheit, womit nicht nur die Sicherheit der versendeten Daten gemeint ist, sondern auch die der Menschen, denn keiner weiß bisher, wie sich die Strahlung über Jahrzehnte auf den Körper auswirkt.

Übrigens, kostenloses W-LAN für alle forderten die LINKE von Brandenburg an der Havel schon in ihrem letzten Kommunalwahlprogramm.

['solid]



# Zwischen Klinik-Besuch und Talkrunde

LINKEN-Chef Bernd Riexinger im Havelland unterwegs

„Ich komme gern wieder, wenn ihr mich einladet.“ Mit diesen Worten verabschiedete sich der Bundesvorsitzende der LINKEN, Bernd Riexinger, nach einem ereignisreichen Tag. Vier Stationen in acht Stunden, so das kompakte Programm, das er kürzlich im Havelland absolvierte.

Erste Station war die Havellandklinik in Nauen, einer der größten Arbeitgeber in der Region. Die Havellandklinik ist eine kommunale Unternehmensgruppe. Träger ist der Landkreis Havelland. Begleitet von Harald Petzold, Vorsitzender der havelländischen Kreistagsfraktion und Mitglied im Aufsichtsrat der Havellandklinik, sowie Vertretern der Nauener LINKEN informierte sich Bernd Riexinger über das umfassende medizinische Angebot der Klinik, die Problematik der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum, die finanzielle Ausstattung und die Belastungen des medi-

zischen und Pflegepersonals. Die Leitung der Klinik, darunter die Verwaltungs-

rischen Entlohnung, die in der Havellandklinik nicht gegeben ist, wurde kritisch

begleitet ein Gespräch mit dem Redakteur Patrick Rachner. Es ging um Fragen

an einer Veranstaltung unter dem Motto „Jugend trifft Politik“ im ASB-Jugendklub „Alte Post“ in Falkensee/Finkenkrug teil. Jugendliche und Junggebliebene stellten zahlreiche Fragen zur Bildungs- und Sozialpolitik, zur Umweltpolitik sowie zu anderen Themen. Bei spezifisch havelländischen Fragestellungen stand Harald Petzold dem Bundesvorsitzenden zur Seite und gab Auskunft.

In Wustermark nahm Bernd Riexinger an einem Fest der havelländischen LINKEN teil. Eröffnet durch die Kreisvorsitzende Karin Heckert gab es lockere Gesprächsrunden mit den Direktkandidaten zur Bundestagswahl, Diana Golze und Harald Petzold, und natürlich auch mit Riexinger selbst. Das Fest wurde umrahmt durch eine BMX-Vorführung, Geigenspiel von Harald Petzold und eine kleine Zaubershow.

Th. Lück



Parteivorsitzender Bernd Riexinger (3.v.r.) nahm bei seinem Havelland-Besuch auch am Fest der LINKEN in Wustermark teil. Foto: Th. Lück

direktorin und der ärztliche Leiter, aber auch eine Vertreterin des Betriebsrates, nahmen sich viel Zeit für das Gespräch mit Riexinger. Auch die Frage der ta-

angesprochen.

Zweite Station war Falkensee. In den Redaktionsräumen des Brandenburger Wochenblattes (BRAWO) führten Riexinger und sei-

zum Wahlprogramm, zu den Wahlchancen der LINKEN bei der Bundestagswahl, zu den Rechtspopulisten der AfD und zur Piratenpartei.

Danach nahm der Par-

## Bernd Riexinger im Havelland

### „Die Sorgen und Nöte der Menschen anhören“

Interview mit dem Bundesvorsitzenden der Partei DIE LINKE, Bernd Riexinger

**Welche Eindrücke von Ihrem Havelland-Besuch nehmen Sie mit?**

Riexinger: Der Tag im Havelland war für mich ein sehr interessanter, insbesondere weil ich mit unterschiedlichsten Menschen ins Gespräch gekommen bin. Bei meinem Besuch in Nauen habe ich im Gespräch mit dem Klinikpersonal erlebt, wie richtig es ist, dass wir eine bessere Bezahlung und weniger Stress für die Beschäftigten einfordern müssen. Immer mehr Arbeit muss in immer kürzerer Zeit erledigt werden, den einzelnen Beschäftigten wird immer mehr aufgebürdet – Patienten werden nicht immer gesund entlassen.



System überwinden und eine solidarische Gesundheitsversorgung einführen. DIE LINKE will das und ich denke, auch viele Menschen im Land. Schön war auch mein

Gespräch mit Jugendlichen in Falkensee und die gemeinsame Abendveranstaltung mit Diana Golze in Wustermark. Als Vorsitzender bin ich viel unterwegs. Sich die Sorgen und Nöte der Menschen vor Ort anzuhören, sie ernst zu nehmen, Anliegen aufzugreifen, ist mir sehr wichtig.

**DIE LINKE zieht mit einem achtköpfigen Spitzenteam in den Bundestagswahlkampf. Was spricht aus Ihrer Sicht für dieses Lösung?**

Riexinger: Ich finde, das Spitzenteam hat sich bewährt. DIE LINKE ist eine plurale Partei, die ganz unterschiedliche Traditionslinien abbildet. Es wäre doch etwas merkwürdig gewesen, wenn

wir versucht hätten, alle unsere Mitglieder hinter einer Person zu versammeln. Jetzt haben wir erfahrene und jüngere Spitzenpolitiker unserer Partei – so wie Diana aus Brandenburg, die in der Fraktion schon seit vielen Jahren eine tolle Politik für Kinder und Jugendliche macht. Ich glaube, dieses Modell ist auch Ausdruck einer gewissen Modernität – weg vom Personenkult, hin zu Inhalten und Anliegen. Da macht uns in diesem Wahlkampf keine Partei etwas vor.

**Welches Zwischenfazit ziehen Sie für die Regierungsbeteiligung der LINKEN in Brandenburg?**

Riexinger: Ich habe relativ

kurz nach meiner Wahl zum Parteivorsitzenden das Gespräch mit den Genossinnen und Genossen in Brandenburg gesucht und eine sehr engagierte Fraktion erlebt. In Brandenburg zeigt DIE LINKE, dass Regierungsbeteiligungen zur Realität unserer Partei gehören. Ich lese und höre in den Medien häufig, DIE LINKE wäre eine reine Oppositionspartei, mit ihren Inhalten nicht regierungsfähig. In Brandenburg zeigen wir, dass dieser Vorwurf absurd ist. Wir wissen, wie Regierung geht und ich wünsche mir natürlich, dass in Zukunft noch weitere hinzukommen.

Die Fragen stellte F. Hübner

# Industriepark auf gutem Weg

Markov und Görke zu Gast bei Premnitzer Unternehmern

Auf der diesjährigen Versammlung der Unternehmerrgemeinschaft des Industrieparks

der rot-roten Regierungskoalition in Brandenburg erläuterte und Fragen aus der Unterneh-

mergemeinschaft beantwortete. Zuvor hatten die beiden Linkspolitiker zwei Unternehmen im Industriepark besucht und sich über weitere Entwicklungspotentiale auf der Fläche der ehemaligen Viskose-Produktion informiert.

In der Märkischen Faser GmbH begrüßte Geschäftsführer Eberhard Brack die Gäste und sprach die Notwendigkeit der Verbesserung der Verkehrsanbindung des Wirtschaftsstandorts Premnitz an die Autobahn an. Die Märkische Faser GmbH gehört seit elf Jahren zur Glaeser-Gruppe, deren unternehmerische Geschichte seit 1951 die Familie Brack lenkt. Die Märkische Faser produziert jährlich ca. 55 000 Tonnen Polyesterfasern und nimmt dabei einen Spitzenplatz in Europa ein.

In der Havelländischen Zink-Druckguss GmbH & Co. KG (HZD) erläuterte Firmenchef Michael Schönberg seinen Gästen die Unternehmensphilosophie. Einen wichtigen Grund für die erfolgreiche Entwicklung sieht Schönberg in der eigenen Technologie-Abteilung. Das Unternehmen versuche stets, gemeinsam mit Partnern und Kunden innovative Lösungen zu finden. So brachte die HZD im Jahr 2008 den neuen Werkstoff ZINCOPOR auf den Markt. Aus diesem neuen Werkstoff produziert die HZD u.a. Schalthebel für Mercedes.

F. Hübner



Minister Markov (3.v.l.) und Fraktionschef Görke (2.v.l.) beim Firmenbesuch in der Havelländischen Zink-Druckguss GmbH im Premnitzer Industriepark

Foto: F. Hübner

Premnitz waren Brandenburgs Finanzminister Helmuth Markov und der Vorsitzende der Linksfraktion im Landtag Brandenburg, Christian Görke, zu Gast. Der Finanzminister lobte das Engagement der Premnitzer Unternehmer. „Ich habe Hochachtung vor Ihrer unternehmerischen Tätigkeit“, so Markov, der in seiner Rede die finanzpolitischen Grundzüge

der rot-roten Regierungskoalition in Brandenburg erläuterte und Fragen aus der Unterneh-

# Waffenexporte verbieten

Nauener Ortsverband diskutierte Bundestagswahlprogramm der LINKEN

„Wir wollen einen demokratischen, freiheitlichen, ökologischen, lustvollen Sozialismus gestalten. Auf dem Weg dahin gilt es, viele Schritte zu gehen. Sie beginnen bei den Nöten und Sorgen, Wünschen und Träumen der Menschen.“ Dieses Zitat stammt aus dem Entwurf des Bundestagswahlprogramms der LINKEN. Der Nauener Ortsverband der LINKEN diskutierte kürzlich den Programmtext mit Jan van Aken (MdB, Mitglied im Kompetenzteam für die Bundestagswahl, Direktkandidat in Hamburg-Altona)

schiede zwischen dem Wahl- und dem Parteiprogramm der LINKEN hin. Beispiel Hartz IV: Während im Wahlprogramm die Erhöhung der Hartz-IV-Regelsätze auf 500 Euro gefordert wird, steht im Parteiprogramm, dass DIE LINKE Hartz IV überwinden will. „Das Wahlprogramm nennt konkrete Ziele der nächsten Legislaturperiode“, so der Bundestagsabgeordnete.

Natürlich äußerte er sich auch zu seinem Politikfeld Friedenspolitik. Langfristig fordert DIE LINKE das Verbot



Jan van Aken (l) und Harald Petzold diskutierten mit Mitgliedern des Nauener Ortsverbandes das Bundestagswahlprogramm der LINKEN. Foto: Th. Lück

und Harald Petzold (Vorsitzender der Kreistagsfraktion Havelland und Direktkandidat im Wahlkreis 58).

Jan van Aken, der auch stellvertretender Bundesvorsitzender der LINKEN ist, berichtete zunächst über die Arbeit des Parteivorstandes seit dem Parteitag in Göttingen im vorigen Jahr. „Die Sacharbeit dominiert wieder. Die erfolgreiche Arbeit der beiden Parteivorsitzenden und des Bundesgeschäftsführers spiegelt sich auch in den Meinungsumfragen wider“, so Jan van Aken. Das Wahlprogramm der LINKEN umfasst knapp hundert Seiten. Das sei eine ganze Menge und die wenigsten würden es komplett lesen, aber der Anspruch der Linkspartei sei es, zu den wichtigen Fragen des gesellschaftlichen Lebens Position zu beziehen und Lösungsansätze aufzuzeigen. Van Aken wies auch auf die inhaltlichen Unter-

jeglicher Waffenexporte. Der Hamburger Parlamentarier möchte in den nächsten vier Jahren auch aus der Opposition heraus erreichen, dass zunächst der Export von Kleinwaffen verboten wird. Das sei ein erster wichtiger Schritt, so van Aken.

Weitere Themen der gut zweistündigen Diskussion waren Mindestlohn, Lohn- und Rentenangleichung, das Ende von Kriegseinsätzen der Bundeswehr sowie die Entwicklung der Linkspartei in den kommenden Jahren.

Harald Petzold, der auch auf Platz 4 der märkischen Landesliste der LINKEN kandidiert, formulierte eine ehrgeizige Zielsetzung: „Die brandenburgische LINKE will an das Ergebnis der Bundestagswahl 2009 anknüpfen und dafür Sorge tragen, dass DIE LINKE wieder mit einer starken Fraktion in den Bundestag einzieht.“

Th. Lück

# Christian Görke soll Spitzenkandidat werden

Einhelliges Votum für den Chef der Landtagsfraktion

Christian Görke soll Spitzenkandidat der brandenburgischen LINKEN bei der Landtagswahl im kommenden Jahr werden. Der Landesvorstand der Brandenburger LINKEN hat sich jüngst darauf verständigt, den Vorsitzenden der Linksfraktion im Landtag und Rathenower Landtagsabgeordneten als Spitzenkandidat für die Landtagswahl 2014 vorzuschlagen. An dieser Beratung nahmen auch Kreisvorsitzende und weitere Vertreter aus den Kreisverbänden teil.

„Ich bin überzeugt davon, dass Christian Görke der Richtige ist. Das hat er mit seiner bisherigen Arbeit als Parlamentarischer Geschäftsführer und als Fraktionsvorsitzender bewiesen. Mit ihm als Spitzenkandidat zeigen wir als Team, dass DIE LINKE Brandenburg gut regieren

kann und überzeugende Vorschläge für die Zukunft des Landes hat“, erklärte der Landesvorsitzende der LINKEN, Stefan Ludwig.

Zum Votum des Landes-



vorstandes sagte Christian Görke: „Ich nehme die Herausforderung gern an und möchte im Team für eine starke LINKE werben.“

Die havelländische LINKE unterstütze den Vorschlag

des Landesvorstandes und freue sich, gemeinsam mit Christian Görke einen engagierten Wahlkampf zu führen, so der Kreisvorsitzende Hendrik Öchsle. „Christian Görke zeichnet sich durch seinen couragierten und sachorientierten Politikstil aus. Mit ihm wollen wir für die Fortsetzung der Regierungsbeteiligung der LINKEN werben, um das Land sozial und zukunftssicher mitgestalten zu können“, so Öchsle.

Am 26. Januar 2014 wird eine Wählervertreterversammlung der Partei sowohl den Spitzenkandidaten offiziell nominieren als auch über die weiteren Platzierungen auf der Landesliste der Brandenburger LINKEN für die Landtagswahl im Herbst 2014 entscheiden.

F. Hübner



# Nauen bleibt bunt!

DIE LINKE beteiligte sich an Nauener Toleranzfest

Nauen ist bunt, Nauen bleibt bunt! Die Stadt hat dies am 20. April 2013 eindrucksvoll bewiesen. Am Vormittag, bei der Eröffnung im Nauener Rathaus, kamen Vertreter von

rungen im Nationalsozialismus. Die Geschichtswerkstatt im Rathaus und im „Haus der Begegnung“ widmete sich ebenfalls diesem Datum. Besonders nachdenk-

holten Mal an den Rand der Stadt gedrängt, bekamen sie die Aufmerksamkeit, die ihnen gebührt: keine. „Wir wollen keine Nazis in Nauen, weder alte noch neue. Und es bleibt zu hoffen, dass der braune Spuk nach den Kommunalwahlen aus Nauen und dem Havelland verschwindet“, so der Tenor vieler Besucher.

Der Nachmittag gehörte dem bunten Familienfest auf dem Martin-Luther-Platz, in der Gartenstraße und vor dem „Haus der Begegnung“. Mehr als 40 Organisationen, Parteien und Bündnisse – wo waren auch hier CDU und LWN? – verteilten Material gegen Rechts, kochten Suppe, verteilten Kaffee und Kuchen. Auf der Bühne gab es Unterhaltung von Groß und Klein für Jung und Alt. Die Nauener strömten bei schönem Wetter, wie im Vorjahr, zahlreich.

Auch die LINKE Nauen war mit einem Stand vertreten. Unterstützt vom Kreisvorstand und Genossen aus anderen havelländischen Gemeinden zeigte die Partei, wofür sie steht: Für ein buntes Deutschland, gegen den alltäglichen Rassismus und gegen Faschismus und Krieg!

Th. Lück



Die Gruppe „Manifest“ mit Harald Petzold (l) spielte zum Toleranzfest in Nauen Klezmer Musik. Foto: Th. Lück

politischen Parteien zu Wort. (Wo waren eigentlich CDU und LWN?) Die Gruppe „Manifest“, in der auch der Direktkandidat der LINKEN für die Bundestagswahl im Wahlkreis 58, Harald Petzold musiziert, begeisterte das Publikum mit jüdischer Musik. Auch Zeitzeugen waren zugegen; sie schilderten ihre Erlebnisse rund um den 20. April 1945, den Tag der Bombardierung des Nauener Bahnhofs, und berichteten von ihren Erfah-

lich stimmte der Bericht einer alten Nauenerin, die während ihrer Lehrer-Ausbildung im polnischen Lodz mehrere Wochen lang in einer verrammelten Straßenbahn quer durch das jüdische Ghetto fuhr und nach dem Krieg schwieg, weil keiner davon wissen wollte.

Zeitgleich traf sich, wie seit vier Jahren, ein Häufchen Ewiggestriger – ca. 20 Neonazis – am „Gefallenendenkmal“ im Nauener Stadtpark. Durch das Toleranzfest zum wieder-

# Dialog über Recht und Gerechtigkeit

Justizminister Volkmar Schöneburg in Elstal

Zu einem interaktiven Diskussionsforum kamen kürzlich Brandenburgs Justizminister Volkmar Schöneburg, der Vorsitzende der Kreistagsfraktion DIE LINKE im Havelland, Harald Petzold, und Mitglieder der Linksfraktion in der Gemeinde Wustermark in Elstal zusammen, um über Recht und Gerechtigkeit 20

Die Fragen an die Linkspolitiker reichten von kommunalen Themen, wie Straßenbau und Schwimmhalle, über Themen, die den Kreis betreffen, wie Tourismuskonzept oder Busgesellschaft, bis zu Landesthemen, wie Strafvollzug und Flughafen BER. Am Anfang hatte niemand so recht daran geglaubt, dass die Idee, mal



Wustermark-World-Café

Foto: T. Bank

Jahre nach der Wiedervereinigung, aber vor allem um über die unterschiedlichsten Probleme und Fragen der sehr interessierten Bürgerinnen und Bürger zu sprechen. An drei Tischen, unterteilt in Landes-, Kreis- und Gemeindeebene, standen die Politiker den Bürgerinnen und Bürgern Rede und Antwort; nach einer gewissen Zeit wurden die Beteiligten aufgefordert, den Tisch zu wechseln, so dass neue Gesprächsrunden entstanden. World-Café heißt diese Methode. Auch der Bürgermeister von Wustermark, Holger Schreiber, stand für Fragen bereit und gab aus Sicht der Verwaltung einen Einblick in aktuelle Projekte.

eine andere Methode der Diskussion und des Gedankenaustauschs auszuprobieren, angenommen wurde, aber das face-to-face-Gespräch zwischen Bürgern und Politikern traf den Nerv fast aller Anwesenden.

„Frontal-Veranstaltungen, in denen einer referiert und alle anderen zuhören, sind von gestern“, kommentierte ein Kommunalpolitiker, „aber die Leute zum Mitmachen zu bewegen ist schwieriger, als nur zum Zuhören zu bekommen.“ Doch das Konzept ging auf, denn viele Fragen konnten geklärt, politische Standpunkte vermittelt und Gedanken ausgetauscht werden.

T. Bank

# Talk in den Mai mit Minister Markov

Neue Veranstaltung im Politikkalender der Nauener LINKEN

Mit einer neuen Veranstaltung ist die Nauener LINKE dieses Jahr in den Mai gestartet. „Talk in den Mai“ am Vorabend des 1. Mai soll zum festen Programmpunkt des linken Politikkalenders in Nauen werden.

Zur Premiere war Brandenburgs Finanzminister Dr. Helmut Markov zu Gast, bekanntlich der erste Finanzminister der LINKEN in Deutschland. Die Gesprächsrunde fand in der historischen Altstadt Nauens auf dem Hof der Landesgeschäftsführerin Andrea Johlige statt, die auch die Moderation übernommen hatte.

Während der spannenden

und unterhaltsamen 90 Minuten beantwortete Helmut Markov zahlreiche Fragen, wie



Dr. Helmut Markov, Finanzminister im Land Brandenburg (DIE LINKE.)

Foto: W. Müller

z.B. nach seinem ersten Arbeitstag als Minister. Wenn er

sich richtig erinnere, saß er zunächst fast allein im Büro, weil sein Vorgänger Rainer Speer (SPD) seine direkten Mitarbeiter ins Innenministerium mitgenommen hatte. Auf die Frage nach seinen Lieblingsfußballvereinen antwortete Helmut Markov, dass er bereits seit vielen Jahren Fan von Hansa Rostock und Schalke 04 ist, aber seine eigentliche Leidenschaft gilt dem Judo. Auskunft gab er auch zu den Kommunalfinzen, den Ausgaben im Bildungsbereich und zum Steuerfall Hoeneß sowie zu den Ankäufen von CDs mit den Daten potentieller Steuerhinterläufer und zum Steuerabkom-

men mit der Schweiz.

Auch über Erfolge und Misserfolge der rot-roten Landesregierung sprach Helmut Markov. Unter den Gästen waren neben den beiden Kreisvorsitzenden der LINKEN Havelland, Karin Heckert und Hendrik Oechsle, auch der Bürgermeister der Stadt Nauen, Detlef Fleischmann, und Harald Petzold, Direktkandidat der LINKEN im Bundestags-

wahlkreis 58, der mit seiner Geige für die musikalische Umrahmung der Gesprächsrunde sorgte.

Als Gastgeschenk erhielt der gelernte Buchhändler Markov ein Miniaturbuch über die Nauener LINKE. Es war ein gelungener Abend mit angeregten Gesprächen, für die sich der Minister nach der Talkrunde noch viel Zeit nahm.

Th. Lück

# Tag der Befreiung – Tag des Sieges

Gedanken eines Zeitzeugen zum 8. Mai

Anlass meiner Zeilen ist die Be-  
richterstattung der „Märkischen  
Allgemeinen“ am 10. Mai über  
den Tag der Befreiung vom Hit-  
lerfaschismus, Überschrift: „Ge-  
denken an den 8. Mai“. Inhalt:  
In Nauen gedachte man des  
68. Jahrestages der Kapitulation  
Deutschlands im Zweiten Welt-  
krieg und in Dallgow des Kriegs-  
endes 1945, wo Blumen auf dem

Als ich am 8. Mai 1945 als  
20-jähriger Jugendlicher und akti-  
ver Kämpfer in der französischen  
Résistance in der Normandie auf  
dem Appell-Platz zur Verabschie-  
dung stand, mit meiner Maschi-  
nenpistole Siegersalut schoss,  
hatte ich Tränen in den Augen.  
Ich hatte große Kämpfe über-  
standen, gegen SS und Gestapo  
in Frankreich, und war sehr stolz  
auf diesen Sieg.

Wenn mir einer damals,  
1945, gesagt hätte, wenn du mal  
alt bist (fast 90), im 21. Jahrhun-  
dert, wirst du erleben, wie Neo-  
Nazis in Marschkolonnen durch  
deutsche Städte marschieren,  
„Sieg heil!“ brüllen, die Kriegsver-  
brecher Hitler und Hess verehren,  
sie als Vorbilder ansehen, und  
diese Aufmärsche von Gerichten  
genehmigt und von der Polizei  
mit Hundertschaften geschützt  
werden, wohingegen Antifaschis-  
ten, die ihnen mit Blockaden ge-  
genüber stehen, von derselben  
Polizei mit Wasserwerfern, Pfef-  
ferspray und Gummknüppeln  
bearbeitet werden, verhaftet und  
manche auch gerichtlich belangt  
– dann hätte ich gesagt: Wer das  
voraussagt, ist nicht ganz normal,  
ist ein Spinner.

Heute kämpfen wir für ein  
Verbot der NPD, der Neo-Nazi-  
Partei, die für die Gesellschaft  
gefährlich wird. Dieses Verbot  
ist wichtig, ist als Verbots-Antrag  
sorgfältig inhaltlich vorzuberei-  
ten. Wir können doch dieser  
Partei nicht ewig Millionen Euro  
aus der staatlichen Parteienfi-  
nanzierung überweisen, damit  
sie damit Hetzmaterial herstellt  
und verteilt. Gleichzeitig muss  
man auch die illegalen Kampf-  
verbände der radikalen Rechts-  
Extremisten stärker polizeilich  
bekämpfen und verbieten und  
die Auseinandersetzung in aller  
Schärfe führen. Die 10 Morde  
des NSU zeigen die ganze Ge-  
fährlichkeit des Neo-Faschismus  
in Deutschland. Dieser wird nicht  
nur zu einer Gefahr für die nor-  
mal lebenden Bürger, er ist eine  
Schande für Deutschland! Er  
muss energisch bekämpft wer-  
den! Das sind wir vor allem den  
Opfern des Faschismus schuldig.  
Ihr Tod darf nicht umsonst gewe-  
nen sein.

*Erhard Stenzel  
(88 Jahre alt, Falkensee, Kämpfer  
in der französischen Résistance)*



Erhard Stenzel Foto: A. Johlige

Friedhof niedergelegt wurden.  
Die Blumen wurden nicht auf  
dem Friedhof, sondern am sow-  
jetischen Ehrenmal niedergelegt,  
wo man der noch in den letzten  
Kriegstagen gefallenen jungen  
Rotarmisten gedachte, die ihr Le-  
ben für unsere Freiheit und den  
zukünftigen Frieden hingaben.  
In der Adenauer- und der Kohl-  
Ära, also in der Alt-BRD, wurden  
in der Presse Jahr für Jahr die  
Formulierungen „Jahrestag der  
Kapitulation“, „Ende des Zweiten  
Weltkrieges“ verwandt. „Tag der  
Befreiung“ war ein Fremdwort.  
Dabei ist dieser Tag so geschicht-  
lich bedeutungsvoll. Teile der  
Menschheit in Europa, zahlreiche  
Völker wurden von der Barbarei  
des Hitlerfaschismus befreit. In  
Russland und Frankreich ist die-  
ser Tag am 9. bzw. 8. Mai Staats-  
feiertag, mit großen Sieges-  
paraden in Moskau und Paris.  
Eigentlich müsste auch bei uns  
dieser Tag der wichtigste Staats-  
feiertag im Jahr sein. Es gibt kei-  
nen bedeutenderen Kalendertag!

Der vom Hitlerfaschismus  
ausgelöste Krieg forderte über  
50 Millionen Menschenleben,  
davon allein 27 Millionen un-  
ter den Sowjetbürgern – davon  
wiederum ca. 9 Millionen Rotar-  
misten – und ca. 6 Millionen fa-  
brikmäßig ermordete Juden. Der  
Hitlerfaschismus war mit seiner  
grausamen Vernichtungspolitik  
das größte Verbrechen des 20.  
Jahrhunderts!



DIE LINKE Havelland gratuliert dem Rathenower Künstler Manfred Pechstein (l.) recht herzlich zum 75. Geburtstag. Noch bis zum 23. Juni ist im „Blauen Saal“ des Rathenower Kulturzentrums eine Ausstellung des Jubilars zu sehen. Sie trägt den Titel „Allegra“. Das Foto zeigt den Maler mit seiner Ehefrau Helga bei der Ausstellungseröffnung. Foto: F. Hübner

## Wer Wind sät, wird Sturm ernten

Zur CDU-Kritik an der Polizeireform

Die CDU-Landtagsfraktion tut  
sich mal wieder mit Veranstal-  
tungen zum Thema „Kann sich  
der Bürger noch sicher füh-  
len?“ gegen die Polizeireform  
im Land hervor. Dabei sollte  
sie sich an ihre eigene Nase  
fassen: Wenn es nach Jörg  
Schönbohm gegangen und die  
CDU weiter in der Regierung  
verblieben wäre, hätten wir be-  
reits jetzt nur noch 8.000 Poli-  
zeibedienstete, anstelle der  
vorhandenen 8.500 Beamten.  
Und auch in CDU-geführten  
Bundesländern stehen Polizei-  
reformen vor der Tür, die mit  
teilweise viel gravierenderen  
Personalabbau-Zahlen verbun-  
den sind.

Demgegenüber ist es dank der  
LINKEN mit Rot-Rot gelungen,  
Standort- und Personal-Abbau  
bei der Revierpolizei zu ver-  
hindern sowie den Wach- und  
Wechseldienst im bisherigen  
Umfang aufrecht zu erhalten.  
Dass dies angesichts einer  
Zunahme von Straftaten, Ge-

walt, Einbrüchen etc. gegen-  
wärtig nicht als ausreichend  
empfunden wird, kann ich  
verstehen. Trotzdem ist der  
von der CDU aus politischem  
Kalkül bewusst hergestellte  
Zusammenhang zwischen der  
Polizeireform und den gestie-  
genen Kriminalitäts-Zahlen  
schlichtweg falsch. Es gibt im  
Moment noch gar keinen nen-  
nenswerten Rückgang beim  
Polizeipersonal. Dieser wird  
nach den gegenwärtigen Pla-  
nungen erst in den kommen-  
den Jahren eintreten, wenn  
viele Polizistinnen und Poli-  
zisten altersbedingt aus dem  
Dienst ausscheiden. Bis dahin  
gibt es aber auch keinen poli-  
tischen Stillstand. Zumindest  
DIE LINKE wird die Entwicklun-  
gen verantwortungsbewusst  
beobachten und Korrekturen,  
wenn notwendig, in die politi-  
sche Auseinandersetzung ein-  
bringen.

Im übrigen kann ich die  
CDU nur einladen, mit uns

LINKEN gemeinsam für eine  
andere Steuer- und Einnahme-  
politik zu kämpfen, die dazu  
führt, dass die Bundesländer  
genügend Finanzkraft bekom-  
men, um mehr Polizei gegen  
anwachsende Kriminalität  
zum Einsatz bringen zu kön-  
nen. Wer erst den Ländern die  
Kassen plündert, ist dann als  
Zeuge für eine notwendig bes-  
sere Ausstattung des öffentli-  
chen Dienstes der Länder ein-  
fach nicht glaubwürdig. Das,  
was die CDU hier gegenwärtig  
betreibt, schürt Hysterie und  
führt lediglich dazu, dass Men-  
schen sich ermutigt fühlen,  
mittels Selbstjustiz „die Din-  
ge“ in die Hand zu nehmen,  
wie in Kremmen geschehen.  
Das ist Zündeln! Dieser Ver-  
antwortung sollte sich die  
CDU bewusst sein.

*Harald Petzold  
Vorsitzender der  
LINKEN-Fraktion  
im Kreistag Havelland*

### Termine im Havelland:

10. Juni 2013 19:00 - 21:00 Uhr  
Fraktionssitzung zur GV am 11. Juni  
2013  
15. Juni 2013 15:00 - 17:00 Uhr  
Öffentliche Diskussion zu einem ak-  
tuellen politischen Thema

### Stadt der Kinder

In diesem Sommer findet be-  
reits zum dritten Mal die Fe-  
rienaktion "Stadt der Kinder"  
statt. Wie Kinderstadt-Initiatorin  
Diana Golze informiert, fin-  
det die Bauphase vom 1. bis 5.

Juli im Optikpark statt. Danach  
zieht die "Stadt der Kinder" auf  
das Gelände am "Launepark"  
in der Puschkinstraße. Mitma-  
chen können Kinder im Alter  
von sechs bis zwölf. Nähere  
Infos unter 0162/6216313.



# Sterben muss sich wieder lohnen

Glosse

Kriegshandwerk hat goldenen Boden

Vor wenigen Wochen kehrten 250 Brandenburger Bundeswehrsoldaten aus Afghanistan zurück – wohlbehalten, glücklicherweise. Zumindest die CDU hätte am liebsten sofort die Ordens-Stanze angeworfen, aber DIE LINKE blockierte das Vorhaben und meinte, ganz unmilitärisch: „A l l e Personen mit besonderen Verdiensten um das Gemeinwesen sollten geehrt werden können, Soldaten eingeschlossen.“

Das trieb den CDU-Fraktionschef im Landtag, Dieter Dombrowski, von seiner Palme direkt vor die Fernsehkameras und Mikrofone, in die hinein er dann mit Empörungsschaum vorm Mund rührte, dass ihm „jegliches Verständnis für diese an Peinlichkeit kaum zu überbietende Entscheidung der Regierungskoalition“ fehle.

Nun, das wäre weder schlimm noch neu; diesem Zeitgenossen mangelt es an vielem. Da ist fehlendes Verständnis noch sein geringstes Manko. Immerhin, wir verstehen: So ein Orden á la „Eisernes Kreuz“ motiviert und schmückt ungemain – ok, postum natürlich etwas weniger.

Seit dem Struck-Spruch: „Unsere Sicherheit wird ... auch am Hindukusch verteidigt“ ist der Ruf lauter geworden: „Germans to the Front!“

Mittlerweile patrouillieren rund 6000 Männer und Frauen der Bundeswehr mit teurem Kriegsgerät in aller Welt, sei es im Kosovo, vor der Küste Libanons oder mit Raketen bewehrt an der türkischen Grenze zu Syrien.

Warum lehnt das einfache Volk die Auslandseinsätze mehrheitlich immer

noch ab? Befürchtet es etwa, dass es von dem blutig erkaufte Gewinn sowie so nichts hat? Ist es noch zu ungeübt im Umgang mit dem Heldentod? Da sind die US-Bürger doch um einiges weiter! Oder haben sich leichter manipulieren lassen. Die USA haben es geschafft, jede Kritik an den „Boys im Felde“ als unpatriotisch zu stigmatisieren und rühmen mit hunderten von US-Memorials den weltweit „guten Job“ ihrer Jungs, im Namen der Freiheit natürlich und trotz Vietnam, Irak und Afghanistan...

Preisfrage: Für welchen Verteidigungsauftrag der Bundeswehr halten unsere Soldaten „da draußen“ nun wirklich ihren Ar... hin? Höre ich da etwa die „Mütter und Väter unseres Grundgesetzes“ in ihren Gräbern rotieren?

Ha.-Jo. Lass

# Guter ÖPNV für Brandenburg

Argumente aus der Sicht von [solid]

Wer in den ländlichen Regionen Brandenburgs lebt, hat das ständige Problem mit der An-



Manche Triebwagen des Vbbr halten wirklich lange durch - bleibt das so?

Foto: W. Müller

bindung. Besonders betroffen sind davon junge Menschen, da sie meist noch nicht über einen Führerschein und/oder ein Auto verfügen. Betroffen sind aber auch Behinderte und Alte, die nicht oder nicht mehr Auto fahren können. Die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel ist für sie eine Frage der Unabhängigkeit. Fehlende Anbindung bedeutet oft, dass die Möglichkeiten, am gesellschaftlichen wie kulturellen Leben teilzuhaben, begrenzt sind.

Momentan fahren oftmals

nur stündlich Busse und noch weniger Züge zwischen den größeren Städten der Regionen. Wenn eine Kleinstadt oder ein Dorf nicht auf einer solchen Linie liegt, ist es zu bestimmten Zeiten mit dem ÖPNV nicht zu erreichen.

Darum muss der öffentliche Nahverkehr ausgebaut werden. Dazu gehört, dass Busse auch nachts fahren, um so einen sicheren Heimweg zu garantieren. Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen sollten keine Probleme bei der Nutzung solcher Verkehrsmittel haben, aber es sollten auch keine sozialen Barrieren durch zu hohe Fahrpreise errichtet werden. Wenn wiederum mehr Menschen Bus und Bahn fahren würden, würde der Ausbau der Angebote auch finanzierbar sein und somit gerechtfertigt. Als positiver Aspekt kommt die geringere Belastung der Umwelt hinzu.

Claudia Sprengel [solid]

# Volksaufstand oder aufgeheizter Mob?

Gedanken zum 17. Juni 1953

Als damals Zehnjähriger hatte ich am 17. Juni 1953 einiges von den Aktionen in Brandenburg an der Havel mitbekommen, aber kaum verstanden, was eigentlich passiert war, und schon gar nicht warum.

In unserer Stadt wird die zentrale Gedenkveranstaltung des Landes Brandenburg anlässlich des 60. Jahrestages dieses historischen Ereignisses stattfinden. Bereits im Vorfeld gab es in der SVV umfangreiche Diskussionen über mögliche Gedenkorte für die Würdigung der Aktionen und der Opfer des 17. Juni 1953. Dabei ging es zeitweilig nicht gerade zielführend und produktiv zu. Desto erfreulicher, dass ein fraktionsübergreifender Kompromiss erzielt werden konnte. Der beinhaltet, dass die öffentlich zugänglichen Gedenkstellen vor der Generalstaatsanwaltschaft in der Steinstraße so umstrukturiert werden, dass der 17. Juni 1953 auf einer eigenen Stele präsentiert wird.

Aus meiner Sicht ist es erforderlich, sich inhaltlich

tiefgründiger und differenzierter als oftmals geschehen mit diesem historischen Ereignis zu befassen. Die pauschale Bewertung des 17. Juni 1953 als „Arbeiteraufstand“ und „Volksaufstand gegen das SED-Regime“ reicht nicht aus. Unbedingt notwendig ist eine genaue



Dr. Horst Maiwald, stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher von Brandenburg an der Havel (DIE LINKE.)

Foto: W. Müller

Betrachtung der Vor- sowie der nachfolgenden Geschichte. Unter linken Historikern wird die Auffassung vertreten, dass die Streiks und Demonstrationen eher als „Arbeiterrebellion“, als

eine Art Denkzettel an die SED und die Regierung, vor allem gegen die Normerhöhungen und die sich verschlechternde soziale und wirtschaftliche Situation, zu betrachten sind. Die weitergehenden politischen Forderungen waren sehr differenziert. Bei ihrer Verbreitung

spielte die westliche Seite, nicht zuletzt der Radiosender RIAS, eine bedeutende Rolle. Zur Vorgeschichte gehören insbesondere die Folgen der überstürzten Orientierung auf

den „Aufbau der Grundlagen des Sozialismus“, die sich u.a. in Stagnationserscheinungen in der Wirtschaft und einem deutlichen Rückgang des Versorgungsniveaus äußerten. Besonders negativ wirkten sich repressive Maßnahmen der Regierung gegenüber Teilen der Bauernschaft, der Handwerker und Gewerbetreibenden sowie der Intelligenz und der Kirchen aus. Der letztliche Auslöser für die breite Protestbewegung war dann die verfügte Erhöhung der Arbeitsnormen. In diesem Zusammenhang sollte aber auch nicht vergessen werden, dass der Kurs der BRD von Anfang an darauf ausgerichtet war, das politische System der DDR zu destabilisieren und eine Wiedervereinigung Deutschlands auf kapitalistischer Grundlage zu erreichen.

Einzuschätzen sind auch die Maßnahmen der DDR-Regierung nach dem 17. Juni 1953, die darauf abzielten, die DDR als Staat und Gesellschaft zu stabilisieren. In der Diskussion wird oftmals übersehen,

dass die umstrittenen Normerhöhungen unter dem wachsenden Druck großer Teile der Bevölkerung bereits vor dem 17. Juni wieder zurückgenommen wurden. Zur historischen Wahrheit gehört auch, dass es im Zuge der Ereignisse dieses Monats zu sinnlosen Zerstörungen durch einen aufgeheizten Mob sowie zu zahlreichen Versuchen einer Lynchjustiz gegenüber Staats- und Parteifunktionären kam. Auch in unserer Stadt.

Sehr betroffen macht mich allerdings auch die Tatsache, in welchem Ausmaß von der Staatsmacht nach dem 17. Juni gegen offensichtliche oder vermeintliche Anführer mit brutaler Gewalt vorgegangen wurde. So wusste ich bis vor kurzem nichts von den zahlreichen Todesurteilen und vollstreckten Hinrichtungen. Der 60. Jahrestag des 17. Juni 1953 gibt uns die Chance, in einem offenen und fairen Diskurs ein wichtiges Kapitel deutscher Zeitgeschichte aufzuarbeiten.

Dr. H. Maiwald

## Ein bisschen Extra-Senf...

*Hallo Leute,*

wenn mein Freund Heiko Bollmann, genannt Fritze, mal gepflegt Fußball gucken will, geht er am liebsten in den Altstadt Pub. Und ick soll ihn natürlich begleiten – wat ick auch von Zeit zu Zeit janz jerne tue. Schon wegen der juten Stimmung dort. Außerdem kann ick dabei ja ganz unauffällig dienstlich werden: Haarschnitte studieren. Mal sehn, wat meine Kolleginnen so alles kreiert haben. Frisuren sagen oft mehr als tausend Worte. Unfrisuren auch.

Aber neulich habe ick es mir mit Fritzens Kumpels fast verdorben. Nee, nicht weil ick über deren Haare abjälästert habe, sondern weil ick mir ein paar Bemerkungen über den Kader unserer Spitzenclubs nicht verkneifen konnte. Dabei hab ick nicht mal Borussia Dortmund madig gemacht – jeder weiß schließlich, dass die Brandenburger auf Dortmund stehn –, sondern Bayern München. Aber dit wollten die Kumpels auch nicht hören. Wat ick jesagt habe? Dass es ja keine Kunst ist zu siegen, wenn man sich

seine Spieler in der janzten Welt zusammenkaufen kann. Wer von denen stammt denn noch aus Deutschland, jeschweige denn aus Bayern? Über Ausländer hör ick die



Kumpels sonst nicht mit so viel Bewunderung reden, aber Klasse-Fußballer sind eben Edel-Ausländer, quasi Lebensabschnitts-Deutsche, egal, woher se kommen. Und ein Meistermacher wie der Uli Hoeneß ist eben ein Edel-Strolch. Millionen-Zockereien? Hat er doch geschickt gemacht! Steuerhinterziehung? Bei Helden wie ihm ein Kavaliersdelikt! Und seine Frau

Susi hält natürlich zu ihm; da kann er ja kein so schlechter Kerl sein. Niemand redet darüber, wat die Frau zu verlieren hätte, wenn se sich jetzt von ihm abwenden würde. Womöglich müsste sie noch mal richtig arbeiten, eine Heldin des Alltags wie ick? Nee, da bleibt se lieber bei dem millionenschweren Ganoven...

Im Gegensatz zu der Ex von Bundespräsident Wulff a. D. Na jut, der war ooch nicht millionenschwer und Bettinchen ist in einem knackigen Alter. Die hat den Langweiler knallhart verlassen, als mit ihm kein Staat mehr zu machen war. Dass dit Fritzens Kumpels undankbar nennen, kann ick ja irgendwie noch verstehen, aber dass jetzt vor allem Frauen, jedenfalls viele meiner Kundinnen, auf diese Frau schimpfen, bringt mich denn doch ins Grübeln. Wo bleibt denn eure weibliche Solidarität, Mädels? Dit fragt ziemlich irritiert

*Eure Bella Branne*

## Wohin mit dem atomaren Abfall?

Atom Müll jetzt auch unter dem Fläming?

Ungefähr in 10 Jahren sollen die letzten deutschen Atomkraftwerke abgeschaltet werden. Unabhängig davon, dass dies kein wirklicher Ausstieg ist – Deutschland produziert atomaren Brennstoff für alle Welt und milliarden schwere Staatsbürgschaften ermöglichen den Bau von Schrottmeilern in der Dritten Welt –, bleibt die Frage nach dem Verbleib des radioaktiven Abfalls.

Das geplante Endlager, der Salzstock Gorleben, ist aus geologischer Sicht zu unsicher für hochradioaktives Material. Nach jahrzehntelangen Protesten und Baukosten in Milliardenhöhe wird dies anerkannt und bundesweit nach Alternativen gesucht. DIE LINKE kämpft dafür, dass es dabei kein Einknicken vor den Atomenergiefirmen gibt. Deutscher Müll darf nicht in unsicheren Lagern verscharrt oder in die Dritte Welt exportiert werden, wo Sicherheit aus Kostengründen auf der Strecke bleibt.

Nun wurde auch der Fläming als Atommüllendlager ins Ge-

spräch gebracht. DIE LINKE und unsere Umweltministerin Anita Tack schätzen aber die Eignung dieser Region als sehr gering ein: Erste Untersuchungen des Bergamtes dürften zeigen, dass die Tonformationen nicht geeignet sind und Brandenburg nicht in die engere Wahl als Endlagerstandort kommt.

Wichtiger als die Debatte über ein Endlager, also das Vergraben des Mülls für alle Zeiten, wäre die Alternatividee: gut gesicherte, unterirdische Lager zu errichten, die aber zugänglich bleiben, um auf neue geologische Zustände einfach reagieren zu können. Das alptraumhafte Gegenbeispiel ist die Asse 2 in Niedersachsen. Dieses Endlager, ein Salzstock, wurde marode und der Atom Müll wird, wenn überhaupt, nur mit extremen Mühen zu bergen sein und bedroht die Gesundheit von Millionen Menschen. Egal was passiert: Wir LINKEN kämpfen für eine sofortige, weltweite Abschaltung aller Atomanlagen!

*Ch. Kühnl*

## Kann die Stadt Brandenburg mit ihren Schulden leben?

Der Beschluss zum Haushaltsplan für 2013 steht an.

Es klingt einschüchternd: Ende Mai 2013 werden die Schulden der Stadt fast 150 Millionen Euro in Kassenkrediten und weiteren fast 44 Millionen aus anderen Verpflichtungen betragen. Nicht eingerechnet die mehr als 100 Millionen Euro Schulden der verschiedenen städtischen Unternehmen. Wir reden also von zusammen 200 Millionen Euro direkten Schulden, die 2013 mit Zins und Tilgung aus dem Stadthaushalt zu finanzieren sind. Und der Kämmerer plant für das laufende Haushaltsjahr ein Defizit von weiteren 9 Millionen Euro, die aller Voraussicht nach die Kassenkredite auf fast 160 Millionen ansteigen lassen werden. Zur Erläuterung: Kassenkredite sind vergleichbar dem Dispokredit für normale Bankkunden. Das Ausmaß des Problems wird

dann deutlich, wenn man diesen Gesamteinnahmen des Jahres 2013 von voraussichtlich ca. 230 Millionen Euro gegenüber stellt. Und noch sind die Zinsen so niedrig wie zu keiner Zeit vorher...

Wo bleibt da die Maxime von der schwäbischen Hausfrau, die uns die märkische Pfarrerstochter verkündet? Keine neuen Schulden. Der Kämmerer muss mit dem aktuellen Haushalt auch eine sogenannte mittelfristige Finanzplanung vorlegen und die weist nach weiteren Defiziten erstmals für das Jahr 2016 einen Haushalt ohne weitere Verschuldung aus. Schon jetzt wachsen die Schulden langsamer an. Schließlich wurde noch 2009 mit einem Schuldenstand von etwa 240 Millionen Euro für 2012 gerechnet. Was also hat sich getan?

In den letzten Jahren ist eine Reihe von Maßnahmen umgesetzt worden, die den Anstieg der Ausgaben begrenzen sollten. Vor allen Dingen aber haben die LINKEN mit ihrem Eintreten in die Landesregierung eines ihrer Wahlversprechen eingelöst: Die Zuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich für die Brandenburger Stadtkasse sind seit 2010 um mehr als 15 Millionen Euro pro Jahr angestiegen und dieses Niveau ist die Grundlage für die Planung bis zum Jahr 2016.

Kann also die Stadt mit ihren Schulden leben? Ja, denn ihr bleibt nichts anderes übrig. Der sprichwörtliche Verkauf des „Tafelsilbers“ – etwa des öffentlichen Besitzes an Wohnungen und den Anteilen der Stadtwerke – wäre vielleicht ein kurzfristiger Befrei-

ungsschlag, kommt aber politisch mit der LINKEN nicht in Frage. Privatisierte Unternehmen wollen Profite erwirtschaften und die sind nur zu erreichen, wenn die Preise für Wasser, Energie und die Mieten steigen. Letztlich laufen Privatisierungen immer auf eine höhere Besteuerung der Bürgerschaft hinaus. Und was der städtische Besitz heute Wert ist, kann ohne die längst überfällige Eröffnungsbilanz auch nicht gesagt werden.

Aber gleichgültig sollte den Bürgerinnen und Bürgern die Verschuldung der Stadt nicht sein. Denn die Zinsen bleiben nicht so niedrig und es ist abzusehen, dass die derzeitige Bundesregierung eine europäische Wirtschaftskrise heraufbeschwört, die zu einem Einbruch der öffentlichen Einnahmen führen wird. Und obwohl nur jeder fünfte EURO

der Einnahmen aus den lokalen Steuern stammt, werden die Auswirkungen eines Wirtschaftseinbruchs verheerend sein. Denn auch die rot-rote Landesregierung hat die vollkommen unsinnige „Schuldenbremse“ zu beachten.

Was Brandenburg zuvörderst braucht, ist eine größere eigene Steuerkraft. Mehr Betriebe anzusiedeln und ansässige zu halten und damit die Lage des lokalen Arbeitsmarktes weiter zu verbessern, bleibt Daueraufgabe. Und vor allen Dingen darf die Bevölkerung der Stadt nicht weiter schrumpfen. Brandenburg sollte neben allem anderen eine Stadt der Integration werden, in der Zuwanderer willkommen sind. Denn die Last der Schulden ist leichter, je mehr Schultern sie tragen.

*R. Scholz*



## Porträt – Birgit Patz

Heute besuche ich die 45-jährige Lehrerin Birgit Patz. Sie arbeitet schon die zweite Legislaturperiode für die Fraktion DIE LINKE. im Brandenburger Stadtparlament und ist Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses, Mitglied des Stadtentwicklungsausschusses und Aufsichtsrätin des Brandenburger Theaters. Die vielbeschäftigte Mutter von vier Kindern meint zu mir: „Komm in vier Wochen wieder, dann habe ich Zeit für dich.“ Aber ich bleibe hartnäckig.

**HB: Welche aktuellen Ziele verfolgst du im Jugendhilfeausschuss?**

**B. Patz:** Wir haben gerade den Jugendförderplan (JFP) beschlossen. Eine Besonderheit war, dass diese Version eine sehr ausführliche JFP-Variante ist, die nur einmal in der Mitte der Legislatur entworfen und abgestimmt wird. Hier finden sich die Leitgedanken für die Jugendarbeit in unserer Stadt für die nächsten Jahre. Grundtenor ist ein Erhalt der Angebote, wobei durchaus Korrekturen entsprechend veränderter Bedarfe Beachtung finden sollten. Beispielsweise wurde das Prinzip, in jedem Stadtteil mindestens ein Angebot vorzuhalten, unterstrichen. Hier folgte die SVV dem JFP nicht, da z. B. der Görden noch kein Ange-

bot hat. Streichungen finden aufgrund des Haushaltssicherungskonzeptes statt, da viele Leistungen gerade in unserem



Bereich als freiwillig definiert werden. Dabei wird die nachhaltige Wirkung fundierter und engagierter Jugendarbeit sowie der pflichtige Charakter der Finanzierung (nur die Höhe legt die SVV fest) ausgeblendet.

**HB: Was möchtest du im Ausschuss für Stadtentwicklung derzeit durchsetzen?**

**B. Patz:** Hauptthemen sind z. Z. die Straßenbaumaßnahmen sowie die Beteiligung der Anwohner nicht nur an deren Kosten; die Begleitung des BUGA-Projektes, Parkplätze in der Altstadt versus Sanierung altstädtischer Bausubstanz; Umgestaltung des gesamten Bahnhofskomplexes; Barrierefreiheit u. a. Mein Augenmerk liegt auf einer nachhaltigen Stadtentwicklung

und einer starken Bürgerbeteiligung. Diese darf nicht erst zu einem Zeitpunkt beginnen, wo nur noch Kleinigkeiten entschieden werden können. Stichwort Nachhaltigkeit: Ich hätte den Blick auf das Packhofgelände nicht durch einen Büro- und Verwaltungskomplex zubauen lassen. Diese Fehlentscheidung ist auf lange Sicht nur schwer zu korrigieren. Stichwort Bürgerbeteiligung: Der Gedanke einer Mitmach-BUGA ist viel zu spät aufgekommen; das jetzt angelaufene Projekt ist Augenauswischerei. Nebenbei, ein BUGA-Werbecontainer, in dem nicht einmal auf Englisch als zweiter Sprache geworben wird, ist provinziell.

**HB: Hast du bei all deinen Verpflichtungen noch Zeit für Hobbys?**

**B. Patz:** Ich pflege Freundschaften, wobei die ältesten noch aus meiner Kindheit stammen. Ich nehme mir Zeit zum Genießen, gehe gern tanzen, treibe Sport, liebe Pflanzen... Leider fristet ein weiteres Hobby z. Z. ein eher tristes Dasein in unseren Kellerräumen. Ich arbeite gern in Holz oder Stein und wenn sehr viel Zeit ist, auch in Bronze. Wenn ich so nachdenke, wird es mal wieder Zeit...

*Das Gespräch führte  
Werner Müller*

## Wie christlich sind die christlichen Werte?

Aus unserer Rubrik: Im Lexikon geblättert

„Christus“ ist der Beiname des Religionsgründers Jesus von Nazareth, der Gottes Sohn gewesen sein soll. „Christlich“ verweist somit auf eine von den Lehren des Christus geprägte Lebensführung. Zwar gehört dieser Jesus ins Reich der Legende – wie Robin Hood oder Klaus Störtebecker –, aber an jeder

diese Regeln nicht für sich in Anspruch nehmen, originär christlich zu sein; zumal die meisten viel älter sind. Übrigens werden dem Jesus Christus denn auch viele Ergänzungen und Korrekturen zugeschrieben: Liebet eure Feinde; eher passt ein Kamel durchs Nadelöhr als ein Reicher in den Himmel; lasset



Legende ist ja was Wahres; sie entsteht aus dem tiefen Bedürfnis der Menschen, sich Helden zu schaffen. Und wer eignete sich besser zum Helden, als der Sohn Gottes persönlich?

Wenn man von einem „Wert“ spricht, kann man entweder das – meist in Geld ausgedrückte – Äquivalent eines Gegenstandes meinen, oder aber die Gesamtheit der positiven Eigenschaften einer Sache oder Person. „Christliche Werte“ sind also die mit der christlichen Religion verbreiteten Wertvorstellungen, nach denen sich die Menschen richten sollen – und da wird es problematisch. Moses, laut Bibel ein Vorfahre des Jesus, soll ja auf dem Berge Sinai die Zehn Gebote von Gott empfangen haben, Grundregeln der Lebensführung der Gläubigen: Zum Beispiel soll man nicht töten, aber darf doch „Auge um Auge, Zahn um Zahn“ Vergeltung üben. Zum Beispiel soll man nicht lügen, stehlen oder ehebrechen und keinen „Tanz um das goldene Kalb“ vollführen, also der Besitzgier verfallen. Genau genommen können

die Kindlein zu mir kommen; wer ohne Schuld ist, werfe den ersten Stein!

Man mag kaum glauben, dass der Menschheit im Namen so gut gemeinter Regeln unendliches Leid zugefügt werden konnte – aber da ging es der christlichen Religion wie jeder anderen Welt-Anschauung: Einmal zur Macht gekommen, wurde sie von cleveren Machern missbraucht. Bis heute, denn zwei Fragen tun sich auf: Muss man Christ sein, um nach den genannten Werten in ihrer ursprünglichen Intension zu leben? Und: Leben Christen, speziell auch solche, die in einer sich „christlich“ nennenden Partei sind, christlicher als andere Menschen? Haben sie nicht eher ein beachtliches Talent entwickelt, im alltäglichen Leben die materiellen Werte anzubeten und dies mit dem Besitz besonders edler ideeller Werte zu entschuldigen, deren Existenz allerdings auf Sonntagsreden beschränkt ist? Man mag diese Schizophrenie typisch menschlich nennen; ich nenne sie gottlos.

*Dr. U. Sändig*

## Kein Kavaliersdelikt...

...oder doch? Warum der Staat nicht konsequent durchgreift

Reichtum ist in Deutschland extrem ungerecht verteilt. Weniger als zehn Prozent der Bürger verfügen über mehr als die Hälfte des Reichtums dieses Landes. Damit er ihnen nicht nur erhalten bleibt, sondern sich klammheimlich vermehrt, werden Teile dieses zumeist gigantischen Vermögens in sogenannte Steueroasen transferiert.

Wer sich für Politik interessiert, wird mitbekommen haben, dass es eine international organisierte Schattenwelt gibt, eine Welt der Geldflucht und des kommerziellen Steuerbetrugs. Und Deutschland als hochaktiver Wirtschaftsstandort ist – entgegen anderslautenden Beteuerungen – am Funktionieren dieser Schattenwelt maßgeblich

beteiligt. Wenn der Staat wirklich wollte, könnte er die Steuerflucht durchaus wirksam unterbinden, nicht nur im Interesse der ehrlichen Steuerzahler, die Jahr für Jahr pflichtgemäß ihren Obolus entrichten, sondern auch im eigenen Interesse. Aber handzahme Verfolgungsmaßnahmen und ein hochumstrittenes Steuerabkommen mit der Schweiz sind nicht dazu angetan, die Steuerschlupflöcher effizient zu schließen. Uli Hoeneß warnte vor einiger Zeit; die von den Linken geforderte Reichensteuer würde Superreiche veranlassen, ihr Geld in die Schweiz zu bringen. Mittlerweile steht fest: Das tun sie auch ohne Reichensteuer. Also wächst trotz weltweiter Finanzkrise

der ungeheure Reichtum der Superreichen kontinuierlich... Neben einem konsequenten Vorgehen gegen Steuerflüchtlinge könnte man zum Beispiel die vor Jahren gesenkte Vermögenssteuer wieder erhöhen oder auch eine einmalige Vermögensabgabe einfordern. Der Staat mit seiner hohen Schuldenlast von etwa zwei Billionen Euro hätte es bitter nötig! Unbestätigten Meldungen zufolge soll es in Deutschland immerhin fast eine Million Millionäre und ca. 50 Milliarden geben, die wesentlich mitbestimmen, welche Entscheidungen jede pro forma vom Volk gewählte Regierung zu treffen hat. Nämlich solche zu Gunsten der Reichen und Superreichen.

*W. Weise*

## Preisrätsel

Heute stellen wir in unserem Preisrätsel Fragen um das Slawendorf unserer Heimatstadt. An Besucherzahlen gemessen war diese Einrichtung 2012 der zweitgrößte Magnet für die Havelstädter und ihre Gäste. Während viele Brandenburger in den letzten Jahren diese museale Stätte gefunden haben, irren täglich Touristen umher, um das Gelände zwischen Salzhofufer und Nicolaiplatz zu finden. Daraus resultiert unsere erste Frage.

- 1) Wo befindet sich der Haupteingang des Slawendorfes der Stadt Brandenburg?
  - a) Neuendorfer Straße hinter dem Gebäude der BAS,
  - b) Salzhofufer am Steg der Slawenschiffe,
  - c) Nicolaiplatz hinter der Euthanasiegedenkstätte?
- 2) Wie nennt sich das jährliche Fest der Altstädter, das am letzten Maiwochenende stattfindet?
  - a) Rolandspectaculum,
  - b) Havelfest,
  - c) Johannisfest?
- 3) Die Stadt Brandenburg an der Havel verfügt über zwei Slawenschiffe. Wie viele Gäste passen auf das größere Boot, die „Triglaf“?
  - a) 12 Personen,
  - b) 28 Personen,
  - c) 41 Personen?
- 4) Wie groß ist die Fläche, auf der sich das Slawendorf in Brandenburg an der Havel befindet?
  - a) 11 ha,
  - b) 23 ha,
  - c) 37 ha?



Senden Sie Ihre Antworten bis zum Einsendeschluss am 15. Juli 2013 an die Redaktion „Havelbrandung“, c/o DIE LINKE., Altstädtischer Markt 2, 14770 Brandenburg an der Havel. Auch dieses Mal können sich drei Ratefüchse über einen Büchergutschein freuen.

Mit dieser Ausgabe wird das Bilderrätsel wieder auf unsere Website gestellt. Nach Einsendeschluss können Sie die Auflösung auch auf der Webseite [www.dielinke-stadt-brb.de/politik/havelbrandung/2013](http://www.dielinke-stadt-brb.de/politik/havelbrandung/2013) finden.

Im letzten Bilderrätsel suchten wir Brückenbauwerke in Brandenburg an der Havel. Auf der ersten Abbildung war die Eisenbahnbrücke über den Silokanal nahe der Spittastraße zu sehen. Dazu gehörte der Buchstabe b. Dass zur Abbildung 2 die Bauchschmerzenbrücke (c) gehört, haben die meisten Rätselfans gewusst. Schwerer war es dann schon mit der Abbildung 3. Sie zeigt die Fußgängerbrücke über den Jacobsgraben zwischen Hausmannstraße und Zentrumsring – Buchstabe f. Die Abbildung 4 war aus einer recht ungewöhnlichen Perspektive aufgenommen und zeigt die Brücke an der Vorstadtschleuse. Die Rätselfüchse wussten, dass dazu der Buchstabe g passte.

21 Rätselfans lagen komplett richtig, während die anderen mindestens einen Fehler hatten. Auf einen Büchergutschein können sich freuen: Cornelia Görsch, Ruth Behle und M. Kühne, alle aus Brandenburg an der Havel.

Werner Müller

### TRENNER Bausanierung UG

Mauerwerkssägen und Injektagen  
Maurer- und Putzarbeiten sowie Abdichtungen

Neuendorfer Straße 59 · 14770 Brandenburg an der Havel  
Telefon 0 33 81 · 22 44 10 · E-Mail [trennerbau@email.de](mailto:trennerbau@email.de)

Wenn der Mensch den Menschen braucht ...

Bestatter und Trauerredner  
Wolfgang Bonatz  
Friedensruh Bestattungen  
Brandenburg - Hochstraße 8

☎ Tag und Nacht 03 381-70 17 95

## Was Wann Wo

++++ Im Juni + Juli finden keine Fraktionssitzungen statt ++++

### JUNI

10.06.2013 - 18.00 Uhr	Stadtteilkonferenz, Bürgerhaus Hohenstücken
12.06.2013 - 15.00 Uhr	Geschäftsf. Vorstand
19.06.2013 - 09.30 Uhr	Bürger-Fühstück
19.06.2013 - 18.00 Uhr	Sitzung Stadtvorstand

++++ Im August und September: Infostände im Stadtgebiet ++++

### AUGUST

12.08.2013 - 18.00 Uhr	Fraktionssitzung
19.08.2013 - 16.00 Uhr	Beratung BO-Vorsitzende
14.08.2013 - 15.00 Uhr	Geschäftsf. Vorstand
17.08.2013 - 14.00 Uhr	Wir sind dabei: Höfefest in der Altstadt!
21.08.2013 - 09.30 Uhr	Bürger-Frühstück
21.08.2013 - 18.00 Uhr	Sitzung Stadtvorstand
26.08.2013 - 18.00 Uhr	Fraktionssitzung
28.08.2013 - 16.00 Uhr	SVV

### SEPTEMBER

09.09.2013 - 18.00 Uhr	Fraktionssitzung
10.09.2013 - 16.00 Uhr	Beratung BO-Vorsitzende
11.09.2013 - 15.00 Uhr	Geschäftsf. Vorstand
18.09.2013 - 09.30 Uhr	Bürger-Frühstück
18.09.2013 - 18.00 Uhr	Sitzung Stadtvorstand
21.09.2013	Wahlkampfabschluss, Neustädtischer Markt
22.09.2013	Bundestagswahl
23.09.2013 - 18.00 Uhr	Fraktionssitzung
25.09.2013 - 16.00 Uhr	SVV

Alle Veranstaltungen ohne Ortsangabe finden in der Geschäftsstelle der LINKEN am Altstädtischen Markt 2 statt.

Weitere Termine auf [www.dielinke-stadt-brb.de/](http://www.dielinke-stadt-brb.de/).  
Änderungen & Ergänzungen vorbehalten,  
beachten Sie auch Pressemitteilungen.

### Impressum HAVELbrandung

Die linke Zeitung für das Havelland und Brandenburg an der Havel, Ausgabe 01/2013, Herausgeber: DIE LINKE. Brandenburg an der Havel, Altstädtischer Markt 2, 14770 Brandenburg an der Havel, V.i.s.d.P Lutz Krakau (BRB), Hendrik Öchsle (HVL), E-Mail: [redaktion@dielinke-stadt-brb.de](mailto:redaktion@dielinke-stadt-brb.de).

Die Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung und dem Stil des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder übernimmt die Redaktion keine Haftung.

Druck: Medienverlag und Druckerei GmbH, Straße der Jugend 54, 03050 Cottbus, Auflage: 42.500 Stück, Redaktionsleitung: Dr. Uta Sändig (Text), Werner Müller (Bild und Koordination), Redaktion: Daniel Herzog, Frank Hübner, Lutz Krakau, Andreas Kutsche, Robert Scholz, Wilfried Weise und Petra Zimmermann.

Öffnungszeiten Geschäftsstelle DIE LINKE: Altstädtischer Markt 2, 14770 Brandenburg an der Havel

• Montag bis Donnerstag 09:00 bis 17:00 Uhr  
• Freitag 09:00 bis 13:00 Uhr

Telefon: 03381 / 22 47 33

Fax: 03381 / 22 99 61

Website: [www.dielinke-stadt-brb.de](http://www.dielinke-stadt-brb.de)



QR-Code scannen

<http://www.dielinke-stadt-brb.de>